

GPA-Bundesforum, 9. September 2021

Abschlussrede von Barbara Teiber

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte,

ich möchte mich bei euch bedanken für die wichtige politische Debatte zu unseren Anträgen und deren Beschlussfassung. Das gibt uns für die nächsten Jahre die politischen Leitlinien vor, an denen wir unsere gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben, beim KV-Verhandeln und in der öffentlichen Debatte ausrichten.

Wir haben uns Ziele gesetzt, von denen manche kurzfristig zu erreichen sind und manche einen langen Atem brauchen. Wichtig ist, dass wir wissen, dass das, was wir jeden Tag tun, darüber entscheidet, wie unsere Zukunft aussehen wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in den letzten eineinhalb Jahren stand die Corona-Pandemie nahezu ausschließlich im Zentrum unseres Tuns. Die Pandemie hat uns gefordert wie lange keine Krise zuvor.

Haben wir in den letzten Monaten alles richtig gemacht? Wahrscheinlich nicht. Wer arbeitet, macht auch Fehler. Und wir haben gearbeitet. Mit ganzer Kraft, mit vollem Einsatz.

Wir haben mit der Kurzarbeit hunderttausende Jobs gerettet, Schutzmaßnahmen durchgesetzt, Löhne und Gehälter gesichert, Prämien erstritten und Regeln für Home-Office geschaffen.

Wir haben gemeinsam bewiesen, dass die Gewerkschaft das Stärkste ist, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Und darauf können wir stolz sein!

Während wir Branche für Branche und Unternehmen für Unternehmen um jeden einzelnen Arbeitsplatz gekämpft haben, während wir in tausenden Beratungen für unsere Mitglieder und Beschäftigte da waren, während wir Millionen durch Sozialpläne und vor Gericht erstritten haben, haben andere die Zeit genutzt, um unsere Gesellschaft zu spalten.

Zu spalten in jene, die unglaubliche Vermögen besitzen und jene, die am Ende des Monats nicht mehr wissen wie sie zurechtkommen sollen.

Zu spalten in die, die sechzig Stunden in der Woche arbeiten, völlig kaputt nach Hause kommen und denen, die keine Arbeit finden, obwohl sie dutzende Bewerbungsschreiben verschicken.

Und es ist absehbar, bald werden einige – und sie tun's ja schon - wieder versuchen uns zu spalten in die, die in Österreich geboren sind und die, die nach Österreich gekommen sind.

Dabei wissen wir, dass nicht die rumänische Pflegerin der Grund dafür ist, warum viele zu wenig haben, sondern Superreiche, die auf ihren Bankkonten noch keine einzige Krise zu spüren bekommen haben.

Schon vor der Corona-Krise waren wir als Gewerkschaft GPA die Bewegung, die das Thema Steuergerechtigkeit vorangetrieben hat. Die Bewegung, die eingefordert hat, dass Superreiche endlich einen gerechten Beitrag zur Finanzierung aller gesellschaftlichen Leistungen zu entrichten haben. Die Frage der Steuergerechtigkeit hat mit der Corona-Krise, angesichts von Rekord-Defiziten und der Tatsache, dass Super-Reiche auch jetzt noch reicher geworden sind, an Dramatik zugenommen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

während wir für Fortschritt und Gerechtigkeit eintreten, wollen andere, dass alles bleibt, wie es ist – oder sogar Rückschritte für die Vielen. Ich rede davon, dass in Österreich allzu oft Politik für die gemacht wird, die ohnehin schon viel Geld, Macht und Einfluss haben.

In den letzten Jahren hat eine Clique an Jugendfreunden, eine „Familie“, wie sie sich selbst nennen, die Macht in unserer Republik übernommen. Ich spreche hier nicht von Wahlergebnissen, die sind zu akzeptieren. Ich spreche davon, dass es in Österreich sehr lange einen Grundkonsens gegeben hat, einen Grundkonsens, der „Leben und Leben lassen“ geheißen hat.

Selbst in Zeiten von absoluten Mehrheiten wurden in der Vergangenheit die Interessen des Gegenübers gehört und es gab keine politische Agenda den interessenspolitischen Gegner vernichten zu wollen.

Diese Zeit ist augenscheinlich zu Ende. Es entsteht der Eindruck, dass sukzessive alles in dieser Republik einheitlich eingefärbt wird.

Keine Frage: Noch jede Regierung hat Vertrauensleute an die Schaltstellen der Republik gesetzt. Was wir aber jetzt erleben, ist eine Durchschaltung. Steuerbar zu sein ist die entscheidende Kategorie. Was unter Schwarzblau in der Sozialversicherung begonnen hat, die Ausschaltung der Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wird seitdem konsequent fortgesetzt.

Durch die Veröffentlichung von Chats und Nachrichten konnten wir in die Gedankenwelt des Freundeskreises an der Spitze unserer Republik eintauchen. Was wir da sehen – besser gesagt - lesen konnten, ist ein mehr als irritierendes Sittenbild. Da ist vom „Pöbel“ die Rede, Menschen wurden als „Tiere“ bezeichnet. Betriebsräte sollten „weg.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es macht mich traurig, mittlerweile fast schon als naiv zu gelten, nur weil man überzeugt davon ist, dass Politik die Aufgabe hat, das Leben für die Vielen besser zu machen. Leider erleben wir momentan oft eine Politik, die vor allem das Leben der Wenigen besser macht, der Wenigen, die viel Geld, Macht und Einfluss besitzen. Gerechtigkeit schaut anders aus!

Und darum müssen wir uns die Frage stellen, welche Schlussfolgerungen wir aus den Geschehnissen der letzten Jahre ziehen.

Die erste Schlussfolgerung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist, dass wir nichts geschenkt bekommen. Es ist die Stärke unseres Miteinanders, die uns die Kraft gibt, die Interessen der Vielen durchzusetzen.

Die zweite Schlussfolgerung: Demokratie ist nichts Selbstverständliches. Und hier befinden wir uns durchaus in einer kritischen Phase. Die Machteliten in vielen Ländern werden autoritärer, sie wollen die Möglichkeit, abgewählt zu werden, nahezu verunmöglichen. Unabhängige Institutionen wie die Justiz werden untergraben und Medien unter ihre Kontrolle gebracht. All das ist ein Prozess und passiert nicht von heute auf morgen.

Uns muss bewusst sein, in einer Demokratie geht es um mehr, als darum, alle paar Jahre zur Wahl zu gehen. Wenn ihr in den Betrieben eure KollegInnen vertretet, dann ist das Demokratie. Wenn wir gemeinsam dafür sorgen, dass Beschäftigte mit ihren Interessen Gehör finden, dann ist das Demokratie. Wenn wir gegen Widerstände Kolleginnen und Kollegen dabei unterstützen Betriebsräte zu gründen, dann ist das das Durchsetzen von demokratischen Rechten.

Die dritte Schlussfolgerung aus der Pandemie ist, welche wichtige Rolle ein aktiver Sozialstaat spielt. Ein starker Sozialstaat, der Härtefälle und Krisen abfedert. Mit einem gut ausgebauten Gesundheitssystem, das auch einer Gesundheitskrise standhält. Wir können uns noch gut daran

erinnern als konservative und neoliberale Politikerinnen und Politiker der Meinung waren, der Staat koste zu viel. Die Forderung nach einem schlanken Staat war jedenfalls allseits zu hören, unser Gesundheitssystem sei zu teuer, man müsse Spitalsbetten einsparen. Diese Stimmen sind jetzt leiser, fragt sich nur wie lange.

Die Pandemie hat in der Frage Staat versus privat einen klaren Sieger erkoren. Am Ende ist es der Staat, finanziert durch unser aller Steuern, auf den wir uns verlassen können. Neoliberale Konzepte funktionieren nicht. Dennoch werden Neoliberale an wichtige Schaltstellen der Republik gesetzt, wie man zuletzt an der Neubestellung der Geschäftsführung des WIFO und IHS gesehen hat.

Als Gewerkschaften haben wir jedenfalls gut daran getan, uns nicht auf das Lohnverhandeln allein zu konzentrieren, sondern den Sozialstaat mit all seinen Facetten jahrelang zu verteidigen. Und das werden wir künftig noch verstärkt tun müssen, wenn wir sehen, dass aktuell der Druck auf Arbeitslose erhöht wird, und gleichzeitig das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping gelockert wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Krise hat uns gezwungen unser politisches Handeln auf das JETZT zu konzentrieren. Es galt Schäden abzuwenden, Kolleginnen und Kollegen zu schützen und akut zu unterstützen. Nun ist der Zeitpunkt gekommen unser Handeln stärker der Zukunft zuzuwenden.

Wir müssen uns und anderen die Frage stellen: Welches Österreich wollen wir?

Wollen wir eine Republik der Gier, der Freunderlwirtschaft, der ausgefahrenen Ellbogen und der kalten Herzen?

Oder wollen wir ein Österreich der Solidarität, der Gerechtigkeit, des Miteinanders, der offenen Augen und Ohren?

Wollen wir gierig und zynisch sein, jeden seinem Schicksal überlassen und schreien: „Rette sich wer kann“?

Oder wollen wir Zusammenhalten, füreinander einstehen und ein Österreich bauen, dass die Interessen der Vielen im Fokus hat?

Diese Frage ist keine theoretische. Die Zukunft verlangt uns eine Entscheidung ab: Was tun wir? Wenn wir eines Tages zurückblicken: Was haben wir dann zu einer besseren Entwicklung beigetragen?

Diese Frage beantworten wir nicht auf unserem Bundesforum. Wir beantworten sie jeden einzelnen Tag aufs Neue. Wir beantworten sie, wenn wir im Betriebsratsbüro einer Kollegin helfen. Wir beantworten sie, wenn wir bei Gehaltsverhandlungen den Arbeitgebern gegenüber sitzen, wenn wir besonders in Frauenbranchen für höhere Gehälter und kürzere Arbeitszeiten kämpfen. Wir beantworten sie, wenn wir für bessere Arbeitsbedingungen auf die Straße gehen. Wenn wir einen gerechten Beitrag der Superreichen einfordern. Wenn wir uns jene Augenhöhe erkämpfen, die uns zu steht. Wenn wir aufstehen und sagen: „Ohne uns geht es nicht. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer halten dieses Land am Laufen. Und dafür verlangen wir Wertschätzung und mehr Gerechtigkeit!“

Wertschätzung bedeutet mehr Geld, mehr Freizeit und bessere Arbeitsbedingungen. All diese Dinge fallen nicht vom Himmel. Es liegt in der Natur der Interessengegensätze von Arbeitgebern und Beschäftigten, dass wir uns jede noch so kleine Verbesserung erkämpfen müssen. Was heißt das in der Praxis?

Tun, tun, tun.

Machen, machen, machen.

Die besten Reden, die schlauesten Gedanken, die ausgeklügeltsten Theorien helfen nichts, wenn sie nicht in konkrete Handlungen übersetzt werden. Und das ist auch unsere große Stärke als Gewerkschaft. Das unterscheidet uns von politischen Debattierklubs. Eine Gewerkschaft ist kein Suder-Verein, wo man sich trifft, allein die politische Lage bewertet, Haltungsnoten verteilt und trefflich darüber streitet, wer was am besten anders hätte machen sollen.

Wir haben eine ganz konkrete Verantwortung:

Wenn wir uns nicht jeden Tag reinhauen, für die Interessen der Vielen, dann nimmt die Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu, ein Mehr an Gerechtigkeit rückt in weite Ferne.

Wir sind für die großen und kleinen Probleme der Beschäftigten da. Ob es um die richtige Einstufung geht, ums Urlaubsgeld, ob Millionen an Gehältern erkämpft werden oder wieder einmal der freie Sonntag verteidigt werden muss, ob wir Sozialpläne verhandeln oder Arbeitszeiten reduzieren – wir, die Gewerkschaft GPA ist da.

Unsere Mitglieder können sich auf uns verlassen. Das macht uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus. Unser täglicher Einsatz für reale Verbesserungen.

Und das war auch immer mein persönlicher Anspruch, der Grund, mich in der Gewerkschaftsbewegung zu engagieren. Pathetisch ausgedrückt der Nachlass meines Opas, der als Knecht bei einem Großbauern wie ein Hund gelitten hat und der dann später als Holzarbeiter in Kontakt mit der Gewerkschaft gekommen ist.

Er hat mir mitgegeben, dass es immer darum geht, das reale Leben der Vielen verbessern zu wollen, und zwar nicht irgendwann, sondern im Hier und Jetzt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in den vergangenen Jahrzehnten war lange Zeit die Sozialpartnerschaft unser zentrales Instrument, um Interessengegensätze auszugleichen. In der Pandemie war sie ein großer Stabilitätsfaktor.

Wenn wir uns aber unser Wirtschaftssystem ansehen, wenn wir sehen wie stark Gehälter und Löhne steigen, wie stark Vermögen und wie stark Mieten, wenn wir sehen, in welche Richtung neoliberale Kräfte unsere Republik umbauen wollen, müssen wir prüfen ob die Sozialpartnerschaft mehr ist als ein Feigenblatt, das einen neoliberalen Kurs menschenfreundlicher erscheinen lassen soll.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

unsere Auseinandersetzungen führen wir nicht allein. In ganz Europa, ja weltweit hat die Krise bisher festgefahrene, scheinbar alternativlose Vorstellungen ins Wanken gebracht. Von Japan bis nach Mexiko hat sich gezeigt, wer systemrelevant ist. Die Pandemie mit all ihren Folgeerscheinungen hat wie ein Beben am versteinerten Dogma vom freien Markt gerüttelt. Diese Krise hat eine Tür geöffnet. Sie gibt uns die Möglichkeit für einen Wettkampf der Ideen, ja, ich möchte sagen, einen Wettstreit der Weltanschauungen. International können wir ein gewisses Umdenken wahrnehmen – Stichwort Mindeststeuersätze, Tarifbindung oder der Kampf gegen Lohndumping. Statt der unsichtbaren Hand des Marktes, die kein Leben gerettet und keine Existenz gesichert hat, brauchen wir die sichtbare Hand der Solidarität: Einen gut ausgebauten Sozialstaat, der für alle da ist. Ob arbeitslos oder beschäftigt, krank oder gesund, jung oder alt.

Ein starker Sozialstaat ist nach unseren Vorstellungen für alle da, nicht nur für eine prekäre Minderheit. Nur wenn sichergestellt ist, dass alle profitieren, wenn Arbeitslose wie Besserverdienende merken, dass der Sozialstaat unser gemeinsames Bindeglied ist, ist er auch langfristig abgesichert und vor Angriffen geschützt.

Wir brauchen keine Verfechter der Egomane, die Mythen erzählen vom starken Individuum, das alles schafft, wenn es nur nicht gehindert wird. Oft habe ich den Eindruck, wenn manche den Begriff der Freiheit bedienen, dann meinen sie in Wahrheit die Freiheit des Stärkeren, die Freiheit, frei von Verantwortung für andere und für die Gesellschaft sein zu wollen.

Diese Freiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Freiheit wollen wir nicht.

Wenn wir von Freiheit sprechen, sprechen wir von Freiheit, die auch Verantwortung mit sich bringt. Verantwortung für andere, für den ganzen Planeten.

Ein Mehr an Freiheit für die Vielen, bedarf ein Mehr an Chancen, die nach wie vor sehr ungleich verteilt sind. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, des Staates, die unterschiedlichen Chancen, die Kinder bereits bei der Geburt haben, auszugleichen.

Da müssen wir früh ansetzen: Wir brauchen Investitionen in Bildung: Gratis Kindergärten, Spitzen Schulen, Top-Universitäten und die beste Lehre der Welt.

Nach der Ausbildung muss ein jeder Jugendliche sich darauf verlassen können, dass es einen Job für ihn gibt. Es gibt nichts Schlimmeres als das Gefühl, nicht gewollt und nicht gebraucht zu werden.

Pflege soll, ja muss ausreichend durch unseren Sozialstaat finanziert werden. Aber der Sozialstaat, im Konkreten die Pflege, darf kein lukratives Geschäftsmodell für private Großkonzerne sein. Mit Pflege, die aus unser allen Steuergeld finanziert wird, sollen nicht einige Wenige fette Gewinne abschöpfen können.

Unser öffentliches Gesundheitswesen muss weiter gestärkt werden.

In unserem staatlichen Pensionssystem müssen Lücken geschlossen werden. Wenn man nach einem Arbeitsleben in Pension geht, ja auch dann soll man ein gesundes und gutes Leben führen können.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nach vier Jahrzehnten Stillstand auf gesetzlicher Ebene braucht es endlich eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Sie ist notwendig und gerecht. Wenn wir auf die Argumente der Nein-Sager hören, dann würden wir heute noch von Montag bis Sonntag zwölf Stunden durcharbeiten.

Und es ist alternativlos, wir müssen massiv in den Klimaschutz investieren, denn auf einem toten Planeten wird es keine Jobs mehr geben. In der tiefgreifenden Transformation, die nicht friktionsfrei ablaufen wird, kommt uns eine wichtige, ja entscheidende Rolle zu: Wir müssen eine Klammer sein. Eine Klammer, die die unterschiedlichen Interessen und Betroffenheiten zu einem Ausgleich finden lässt. Wir müssen alle mitnehmen und dürfen nicht zulassen, dass einseitige Reformen auf dem Rücken der Beschäftigten beschlossen werden, während Superreiche mit ihren Yachten und Privatjets weiter den allergrößten ökologischen Fußabdruck produzieren und billig davonkommen. Eine Millionärssteuer wäre daher nicht nur aus verteilungspolitischer Sicht gerecht, sondern auch die gerechteste Ökosteuer.

Liebe Delegierte,

keinesfalls dürfen wir uns als GewerkschafterInnen auf Erreichtem ausruhen. Wir müssen immer nach Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer streben.

Und die Kraft dazu erwächst aus der Verbundenheit unserer Mitglieder.

Eine Gewerkschaft ist nur so stark wie die Beschäftigten, von denen sie getragen wird.

Seit dem letzten Bundesforum sind knapp 100.000 Kolleginnen und Kollegen unserer Bewegung beigetreten.

Das heißt: 100.000 mal Verantwortung.

100.000 mal Solidarität.

100.000 mal der Auftrag, für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen.

Ich darf mich an dieser Stelle von ganzem Herzen bei euch bedanken. Was immer wir als Gewerkschaft tun – letztendlich seid ihr es, die der Gewerkschaft Breite und Tiefe gebt.

Ihr seid die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Gewerkschaft im Betrieb. Ihr überzeugt neue Mitglieder und stärkt damit sie selbst, euch und uns alle.

Abschließend: All das Gesagte bedeutet, wir brauchen eine Gesellschaft des Miteinanders, der Solidarität und mit starken Gewerkschaften.

Nur dann werden wir uns gegen jene behaupten, die mit unglaublich viel Geld versuchen, allein ihre Interessen durchzusetzen.

Nehmen wir das als Auftrag von unserem Bundesforum mit, arbeiten wir gemeinsam für ein Österreich, in dem ein mehr an Gerechtigkeit Realität wird!

Glück auf!